



Senioren
Union CDU
hellwach!

Report

Ausgabe 18.2009,1

*Zeitschrift für Mitarbeiter
Herausgeber: Senioren-Union der CDU/
Landesvorstand Brandenburg*



*Ulrich Braun wird 85.
Der Landesvorstand besucht den Landes-Ehrenvorsitzenden,
Mitbegründer der Seniorenunion in Eberswalde und engagierten Unterstützer
der Seniorenarbeit in ganz Brandenburg (Beitrag im Heft).*

Foto: U. Winz

Editorial

Mit dieser Ausgabe von „Report“ sind zwei Premieren verbunden. Zum einen ist sie sichtbares Zeichen dafür, dass wir endlich, endlich Frau Claudia Rehwaldt gefunden haben, die künftig unsere Zeitschrift betreuen wird, und dies ist ihre erste Ausgabe. Zum zweiten ist es die erste Nummer von „Report“, die neben dem Versand der gedruckten Fassung per eMail an alle Interessenten verschickt wird. Beides bedarf einer Würdigung.

Zunächst danke ich Frau Elke Schnarr, die zwei Jahre lang „Report“ erstellte und viel Zeit und Energie in das Projekt hineingesteckt hat. Aus privaten Gründen legte sie die Arbeit nieder. Nachdem es erst so ausgesehen hatte, dass sich nahtlos jemand finden würde, die Zeitschrift weiter zu führen, zerschlug sich dieser Plan im Dezember letzten Jahres noch vor Erscheinen des Anschlussheftes, so dass die Suche von vorn beginnen musste. Unzählige Mitglieder der Senioren Union Brandenburgs sprach ich an, ob sie selbst oder ein(e) andere(r) bereit seien, die Arbeit fort zu führen – vergeblich. Ich hatte die Hoffnung fast schon aufgegeben, als mir Herr Wolfram Richter, Kreisvorsitzender in der Uckermark, den erlösenden Hinweis gab und die Verbindung zu seiner Tochter herstellte, die ein Glücksfall für uns ist: Als Publizistin reizt es sie, neben ihren Aufgaben in Beruf und Familie die erworbenen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen, unsere Zeitschrift zu erstellen und auf diese Weise ihr Erfahrungsspektrum zu erweitern.

Darüber hinaus gewinnen wir den Anschluss an das elektronische Publizieren. Zwar werden die gedruckten Hefte auf nicht absehbare Zeit das Rückrat von „Report“ bilden, doch der Senioren-Union, die sich gern und mit Recht als „hellwach“ bezeichnet, steht es gut zu Gesicht, mit der aktuellen Entwicklung Schritt zu halten und gleichzeitig eine Internet-Ausgabe zu präsentieren. Neben den traditionellen Verbreitungswegen, die unangestastet bleiben, werden alle Interessenten von „Report“ künftig eine elektronische Ausgabe in ihr Postfach bekommen. Sollte das bei Ihnen noch nicht der Fall sein, melden Sie sich bitte (klockow@web.de), damit wir das sicherstellen.

Frau Rehwaldt wird sich erst allmählich in ihre neue Aufgabe einarbeiten können. Bitte helfen Sie ihr dabei und versorgen Sie sie – auch von sich aus – mit Informationen aus Ihrem Verband und mit eigenen Beiträgen (Bamberger Straße 13 in 10779 Berlin, Tel. 030 / 2318 7270 bzw. 0176 / 7679 6408, eMail: c.rehwaldt@gmx.de).

Zunächst wird „Report“ noch nicht in gewohntem Umfang erscheinen können, aber das ist besser als gar nicht und nur eine Frage der Zeit.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit der vorliegenden Ausgabe die „Report“-Tradition erfolgreich fortsetzen und zugleich eine neue begründen können.

Mit freundlichen Grüßen



- Landesgeschäftsführer -

Inhalt

<i>Ulrich Winz:</i> 85 und ein bisschen „weise“	4
<i>Ingrid Münchow-Bluhm:</i> Lied für die Senioren-Union Eberswalde	6
<i>Wolfram Hahn:</i> Unternehmen gegen das Vergessen	7
<i>Manfred Leitner:</i> Erinnerungen nicht verdrängen	9
<i>Georg Graf:</i> Diskussionsveranstaltung im Landkreis Dahme-Spreewald	9
<i>Wolfram Hahn:</i> Die Nacht, in der das Leid verging	11
<i>Europawahl 2009:</i> Internet unterstützt die Meinungsbildung	11
<i>Horst Röpke:</i> VI. Internationales Seminar Deutschland – Polen	13
<i>Ulrich Winz:</i> Dr. Horst Röpke ist zum Ehren- vorsitzenden der SU Potsdam gewählt	15
<i>Ulrich Winz:</i> 4. Regionalkonferenz „Ost“ der Europäischen Senioren-Union in Dresden	16
<i>Christliche Feiertage:</i> Christi Himmelfahrt / Pfingsten	19
<i>Rückblick:</i> Lausitztag in Cottbus	20
<i>Ausblick:</i> Uckermark-Tag in Angermünde	21
<i>Würdigung:</i> Senioren-Union Strausberg künftig im Seniorenbeirat der Stadt vertreten	21
<i>Buchvorstellung:</i> Brandenburgische Dorfkirchen und ihre Hüter	22
<i>Prälat Dr. Bernhard Felmberg:</i> FAZ-Interview zum Volksentscheid „Pro-Reli“ in Berlin	23
<i>Joseph von Eichendorff:</i> Mondnacht	24

Termine 2009

Sitzungen des Bundesvorstands

18./19.06., 31.08., 05./06.10., November (Berlin)

Sitzungen des Landesvorstands

11.09., 20.11. (Berlin)

Konferenz der Kreisvorsitzenden

09.10. (Berlin)

16. Brandenburgische Seniorenwoche

13.06. Zentrale Eröffnungsfeier in Neuruppin

14. - 21.06. Eröffnungsfeiern in den Kreisen

12.06. Infostand Potsdam (Stern Center)

20.06. Herzberg (zugleich 15 Jahre KV Oder-
Spree)

Regionaltreffen

17.06. Uckermark-Tag in Angermünde
(Kreise BAR, FF, MOL, UM)

16.09. Lausitz-Tag in Domsdorf
(Kreise CB, EE, OSL, SPN)

18.09. Potsdam-Tag (Kreise LDS, P, TF)

Sonstige Veranstaltungen

02.07. Besuch im Deutschen Bundestag
(mit Katherina Reiche, MdB)

85 und ein bisschen „weise“

Von einem Besuch bei Ulrich Braun in Eberswalde

Was beschäftigt Einen im Frühling des Jahres, in dem er 85 wird? Sicher, die Gedanken kreisen jetzt stärker als sonst um Kindheit, Jugend, Kriegserlebnisse, die Zeit des Neuanfangs; Ulrich Braun, von dem hier die Rede ist, denkt an seine Ehe mit seiner Frau Esther, die über ein halbes Jahrhundert - bis zu ihrem Tod 2003 – Bestand hatte, und an die vier Kinder mit ihren Familien.

Aber der bei Eberswalde Geborene, seit 1994 Landes-Ehrenvorsitzender der Senioren-Union, geht in die Tiefe. Solange ich ihn kenne, seit 1990. Um wie viel mehr macht er sich jetzt, unter dem Eindruck der zum Weltereignis ausgeferten Finanz- und Wirtschaftskrise, Gedanken und Sorgen um die Zukunft! Nicht vorrangig um das Überleben von Bankern und Konzernbossen geht es ihm, obwohl ihm deren Schicksal alles andere als gleichgültig ist. Schließlich ist der Zusammenhang mit dem Wohlstand vieler, vieler Bürger – auch in Brandenburg – ganz offensichtlich. Für Ulrich Braun sind die Vorgänge der jüngsten Zeit aber vor allem eine *s o z i a l e* Krise. Und dies im doppelten Sinn: In ihren sichtbaren Auswirkungen – auf den Verlust des Arbeitsplatzes und/oder Geldanlagen bezogen – wie vor allem in ihren *U r s a c h e n*. Die nimmt er ins Visier.

Er hat noch die Rede des Bundespräsidenten vom 24. März im Ohr, als er sich mit Alard von Arnim, Jörn Klockow und Ulrich Winz darüber unterhält. Und er wagt einen Bezug von Köhlers Auftritt in der Berliner Parochialkirche zum ersten öffentlichen Auftritt Jesu. Anmaßend? „Wer Ohren hat zu hören, der höre.“

Damals wie jetzt die Mahnung zur *U m k e h r*. Mit einem „Weiter so“ war und ist niemandem geholfen. „Das tut man nicht!“ ist so aktuell wie eh und je. Braun greift die These auf und fragt in die Runde: Wo lernt man, was recht und was unrecht ist? Und: Wer kann und sollte einen sicheren Halt bieten, der ein Leben lang hält und gegebenenfalls ein HALT gebietet?

Wir waren uns einig: Elternhaus, Paten, Großeltern, Vorschuleinrichtungen, Kirchen und Schulen haben Verantwortung dafür, dass sehr früh Gut und Böse unterschieden wird. Pädagogen weiterführender Schulen, Lehrmeister, Vorgesetzte im Berufsleben und Leiter gesellschaftlicher Organisationen sind weitere mögliche Personen, die Orientierung bieten können und Orientierung bieten sollen.

„Verbindlichkeit“ ist angesagt. Als Kriegsheimkehrer fand Ulrich Braun seinerzeit zur eben gegründeten CDU und half schließlich über Jahrzehnte, ihr das christdemokratische Antlitz zu bewahren. Bis 1989/90 der Aufbruch zu neuen Ufern kam und er in vorderster „Front“ für eine politisch orientierte Seniorengemeinschaft unter dem Dach der erneuerten CDU Sorge trug.



Bis zu 1.200 Damen und Herren der älteren Generation schlossen sich in den 90er Jahren der „Senioren-Union“ Brandenburgs an – Parteilose und Mitglieder der CDU. Eberswalde hatte im Februar 1990 im Osten Deutschlands den Anfang gemacht – noch ehe die Gründung für die DDR (im April) und im Land Brandenburg (im September) - beides unter Brauns maßgeblicher Beteiligung - zustande kam.



v.l.n.r.: Braun, Winz

So sehr er die Halbierung der Mitgliederzahlen bedauert und die Gewinnung neuer Interessenten unterstützt: Für Ulrich Braun ist der Inhalt der Veranstaltungen das A und O. Was die Gruppe bewegt, die Senioren-Union landes- und bundesweit zu sagen hat, ist für ihn der Schlüssel zum Erfolg. Die Kirchen sprechen von Rüstzeiten, wenn sie zu Vorträgen und Diskussionen einladen. Gelingt es unseren Treffen, die Besucher „zurüsten“? Auf ihr eigenes Leben nach den alten Maßstäben wie für die Weitergabe ihrer Lebenserfahrungen und Altersweisheiten an die Jüngeren?

Visionen zu wecken, Wege zum christlichen Glauben zu weisen, Hilfe für den Nächsten „einzuüben“, auf die Gesellschaft stabilisierend einzuwirken – das liegt Ulrich Braun noch immer und immer wieder neu am Herzen. Am Herzen, das ihm an manchen Tagen Beschwerden bereitet und die Mobilität beschränkt. Dass er sich dessen ungeachtet weiter in die Diskussion einbringt, um etwas zu bewegen – das macht seine Stärke aus. Dafür danken wir ihm zu seinem 85. Geburtstag, den er am 20. April mit seinen Angehörigen in geistiger Frische und christlicher Demut begehen wird.

An die 2.000 „Mittagsandachten“ hat er seinen Mitbewohnern in der Jonas-Stiftung schon gehalten; wer es an seinem Ehrentag tun wird, war bei unserem Besuch noch ein Geheimnis.

Ulrich Winz, Berlin

Pablo Picasso: Hand mit Blumenstrauß



WIR GRATULIEREN!

Herrn Ulrich Braun
(Landes-Ehrenvorsitzender, Eberswalde)
zum 80. Geburtstag am 20. April

Herrn Prof. Dr. Jörn Klockow
(Landesgeschäftsführer, Potsdam)
zum 65. Geburtstag am 30. April

Frau Juliana Thamm
(Gründungsmitglied SU MOL)
zum 70. Geburtstag am 1. Mai



Herrn Werner Gäbler
(Kreisvorsitzender Spreewald, Liepe)
zum 75. Geburtstag am 4. Mai

Herrn Dr. Joachim Benthien
(Landrat a.D., Uckermark)
zum 70. Geburtstag am 27. Juni



Lied für die Senioren-Union Eberswalde

Wenn Termine dich belasten,
musst von Hinz zu Kunz du hasten,
ist zur Panik immer noch kein Grund!

Ja, wir lassen uns nicht unterkriegen,
von der Hektik nicht besiegen.
Dazu haben wir zu viel geseh'n!
Ob wir manchmal schon erbeben,
es geht auf und ab im Leben
und ein tapferes Herze wird's besteh'n.

Wenn die Gelder nicht mehr reichen,
die Misere will nicht weichen
und du denkst: Jetzt wird's mir doch zu bunt!

Ja, wir lassen uns nicht unterkriegen...

Wenn die Ohren dir geklungen,
weil dich ärgern böse Zungen:
Denk an Götz von Berlichingen dann!

Ja, wir lassen uns nicht unterkriegen...

Wenn der Wahlsieg ist im Eimer
mach kein klägliches „Geweimer“,
weil davon ja doch nichts besser wird!

Ja, wir lassen uns nicht unterkriegen...

Wenn die Bonner was ersinnen
und du fragst dich, ob die spinnen,
frag dich auch, wer's sonst wohl besser kann!

Ja, wir lassen uns nicht unterkriegen...

Wenn dir alles geht daneben,
du verzweifelst fast am Leben,
dann vergiss doch nicht dies kleine Lied!

Ja, wir lassen uns nicht unterkriegen...

Ingrid Münchow-Bluhm, Eberswalde (1994)

Unternehmen gegen das Vergessen

Ortsvereinigung Werder/Havel besuchte am 15.03.2009 die Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt in Potsdam

Das großzügige Wohnhaus entlang der Straßenseite wurde bereits 1732 errichtet und diente zunächst als Wohnsitz der Potsdamer Stadtkommandanten. Es ist sicher geschichtlich bedeutungsvoll im Vergleich zu der späteren verhängnisvollen Nutzung, dass sich in diesem Gebäude nach Beendigung der napoleonischen Herrschaft ein Zeichen der Demokratie vollzog. 1808 tagte hier die erste frei gewählte Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Danach zog 1820 das Stadtgericht in das Gebäude ein. Erst 1907 wurde das Gefängnisareal auf dem Hofteil des Grundstücks erbaut.

Der Einzug schlimmer und grauenvoller Verbrechen begann 1933. Zunächst wurde hier das so genannte Erbgesundheitsgericht installiert, durch dessen Urteile 300.000 Menschen zwangssterilisiert und 400.000 Männer, Frauen und Kinder durch die Euthanasiegesetze als „unwertes Leben“ getötet wurden. Das geschah durch die menschenverachtende Ideologie der Nazis zur Schaffung und Erhaltung eines reinrassigen Erbguts und Ausmerzungen „unproduktiven unwerten Lebens“. Die Gefängniszellen waren zu dieser Zeit von den Verurteilten des Volksgerichtshofs belegt.

Das Unrecht der Vergangenheit in diesem Gefängnis behielt unter anderem Vorzeichen auch nach 1945 seine negative Bedeutung. Zunächst zog hier das Haftgefängnis des sowjetischen KGB ein, der es ab 1953 dem Staatssicherheitsdienst der DDR übergab. Bis 1989 diente es diesem Ministerium (MfS) als Untersuchungsgefängnis.

Erst 1995 erklärte es die Stadtverordnetenversammlung in Potsdam zur Gedenkstätte.

Jeder Einzelne aus unserer Besuchergruppe war erschüttert von den Schilderungen der psychischen Foltermethoden des MfS gegenüber den „zugeführten“ Personen. Die Arbeitsabläufe der Stasi, die zuvor „wissenschaftlich“ an ihrer speziellen Hochschule in Golm (heute Universität Potsdam) erarbeitet und den „Studenten“ vermittelt wurden, waren wesentlich von drei Grundprinzipien geprägt. Das waren Desorientierung, Isolation und Dauerkontrolle bzw. permanente Überwachung. Diese Maßnahmen dienten einzig und allein dazu, die Inhaftierten „weich zu kochen“ und Geständnisse zu erpressen.

Zur DESORIENTIERUNG wurden die Menschen ohne jede Begründung von ihrer Arbeit, von der Straße oder von zuhause durch zivile Beamte des MfS zur „Klärung eines Sachverhalts“ mitgenommen und in einen Kleintransporter (Barkas) verfrachtet. Dieses Fahrzeug war mit Dunkelzellen ausgestattet, deren Türen nur bei angezogenen Knien verschlossen werden konnten. Die Fahrt dauerte viel länger als erforderlich, nur um den Eindruck großer Entfernung zu vermitteln. Auch die Einfahrt in das von der Bevölkerung „Lindenhotel“ genannte Gebäude war so gestaltet, dass nichts den Aufenthaltsort verraten konnte.

Die ISOLATION begann mit einer erniedrigenden Leibesvisitation und setzte sich fort bei der Erstellung der Karteifotos und der Fingerabdrücke. Weder Angehörige noch Kollegen erfuhren von der Verhaftung der Menschen oder vom Ort ihrer Verbringung. Selbstverständlich war die Inanspruchnahme eines Anwalts nicht erlaubt. Die einzige Kontaktperson für den Verhafteten war der Vernehmungsoffizier. Signallampen in den Gängen verhinderten, dass sich Gefangene, die zum

Verhör geführt wurden, unterwegs begegneten. Wurden heimliche Klopfzeichen an den Zellenwänden bekannt, drohten empfindliche Repressalien (z.B. Dunkel-Stehzellen). Oder als vermeintlicher Klopfpartner wurde ein Spitzel der Stasi eingesetzt. Man hoffte auf diese Weise auf die Freigabe noch nicht bekannter Geständnisse. Um die Sicht aus den Zellenfenstern zu verhindern wurden diese durch Glasbausteine ersetzt, die zwar Licht von außen in das Innere der Zelle zuließen, aber keinerlei Orientierung des Inhaftierten auf sein Umfeld gestatteten. Durch diese bauliche Einschränkung wurde gleichzeitig der Sauerstoffgehalt der Atemluft unerträglich eingeschränkt. Die grundsätzlich bessere Unterbringung von kriminellen Verbrechern verdeutlicht die Stellung der politisch Inhaftierten.

Eine DAUERKONTROLLE bzw. permanente Überwachung wurde durch die Sichtöffnungen in den Zellentüren möglich. Selbstbeschäftigungen der Gefangenen, wie z.B. Lesen oder Schreiben, waren grundsätzlich verboten. Auch die einzunehmende Körperhaltung war streng reglementiert. Wer wann stehen, sitzen oder liegen durfte wurde durch das Wachpersonal bestimmt. Selbst die Schlafhaltung wurde stets vorgeschrieben. So war es verboten, sich auf den Bauch oder auf die Seite zu legen oder in der Rückenlage die Arme unter der Decke zu halten. Die Aufsichtsperson öffnete in solch einem Fall schlagartig die Tür, und der Gefangene hatte sich sofort unter Nennung seiner Haftnummer mit dem Rücken zur Tür zu stellen. Der Befehl lautete dann: „Schlafhaltung einnehmen!“. Diese Tortur konnte sich mehrfach in der Nacht wiederholen.

Gedenkstätte „Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“, Di-Sa 10-18 Uhr, Führungen auf Anfrage (0331-289 6803)

Die hier geschilderten Repressalien können nur einen kleinen Ausschnitt der immer wieder erfahrenen Demütigungen der Inhaftierten durch die Wachmannschaft der Staatssicherheit wiedergeben.

Am Ende unserer Exkursion war uns allen klar, dass sich totalitäre Systeme für die Zeit ihrer Existenz nur mit Hilfe brutaler und rücksichtsloser Organisationen behaupten können. Wenn, wie in der ehemaligen DDR, 106.000 hauptamtliche und 180.000 inoffizielle Mitarbeiter des MfS eine noch nie dagewesene Überwachung leisteten, dann entfielen auf ca. 60 Einwohner, einschließlich Kinder und Greise, je ein Mitarbeiter der Stasi, um die Sicherheit der Staatsführung zu garantieren. Nur so konnten Meinungs- und Reisefreiheit sowie der Wunsch nach freien Wahlen brutal unterdrückt werden. Zu guter Letzt wurde mit Hilfe von Mauer und Stacheldraht, Minen, Selbstschussanlagen und Scharfschützen ein ganzes Volk interniert.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die jüngsten Überlegungen der Landesregierung, 20 Jahre nach dem Mauerfall nun endlich auch im Land Brandenburg einen Beauftragten für die Stasiunterlagen einzusetzen.

Alle schlimmen persönlichen Erfahrungen und eindrucksvollen Schilderungen in der Gedenkstätte können und wollen wir ältere Menschen nicht vergessen. Der jungen Generation gilt es, diese Tatsachen als ein geschichtliches Menetekel zu vermitteln. Den ewigen DDR-Nostalgikern sollte beim ehrlichen Nachdenken über diese schlimme Vergangenheit endlich einmal speiübel werden.

Wolfram Hahn, Werder

Erinnerungen nicht verdrängen

Plakatausstellung „20 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ im Strausberger Rathaus

Fluchtbewegungen im Sommer und die Massenproteste im Herbst. Die Ausstellung berichtet von Demokratisierungsschritten in der DDR, von der deutsch-deutschen Solidarität und den außenpolitischen Initiativen bis hin zur Wiedererlangung der deutschen Einheit.

Auf Initiative des Kreisvorstands der Senioren-Union Märkisch-Oderland gehört Strausberg zu den mehr als 400 Orten in Deutschland, in denen die Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt wird. Das Eröffnungsdatum sei nicht zufällig gewählt, sagte der jüngst wieder gewählte Stiftungsvorsitzende Rainer Eppelmann. Er verwies auf die Kommunalwahl vor 20 Jahren, bei der die DDR-Führung letztmalig das Votum der Wähler mit Füßen getreten und das Wahlergebnis gefälscht hatte. „Ich möchte Ihnen Mut machen, die Erinnerungen und Erfahrungen nicht zu verdrängen und die Ideale unserer Demokratie wach zu halten“, erklärte der ehemalige Minister für Abrüstung und Verteidigung.

Die brandenburgische Ministerin der Justiz, Beate Blechinger, warnte bei der Ausstellungseröffnung davor, das untergegangene DDR-System mit den Lebensleistungen der Bürger gleichzusetzen. „Nicht die Bürger sind gescheitert, sondern das System, das sie bevormundete“.

Wer den Alltagsproblemen zum Trotz unsere Gegenwart und Zukunft mit Erfolg gestalten will, muss unsere Vergangenheit annehmen, wie sie war. So lautet das Credo der Seniorenunion in

Märkisch-Oderland. Wir Älteren stehen dabei in der Pflicht, den später Geborenen zur Seite zu stehen.

Die Ausstellung wurde aufgrund des breiten positiven Echos im Übrigen bis zum 8. Juni verlängert. Am 15. Juni werden die Exponate im Foyer der Gemeindeverwaltung Hoppegarten ausgestellt.

Manfred Leitner, Strausberg

Soziale Marktwirtschaft gegen Angriffe verteidigen

Diskussionsveranstaltung im Landkreis Dahme-Spreewald

Im Rahmen eines mit 27 Teilnehmern gut besuchten Seminars der Jakob-Kaiser-Stiftung am 24. März diskutierten Mitglieder und Freunde der Senioren-Union in Schönwalde über die politischen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen in der ehemaligen DDR im Vorfeld des Mauerfalls vom 09.11.1989.

Dabei wurden die vielfältigen Ursachen und Aktionen, welche letztendlich zum Sturz des SED-Regimes führten, wieder ins Bewusstsein gerufen. Kritik am alleinigen Führungsanspruch der „Partei der Arbeiterklasse“, vielerorts nachgewiesener Wahlbetrug bei der Kommunalwahl im Mai 1989, die zunehmende Ausreise- und Fluchtwelle vornehmlich junger Menschen, Stagnation der Volkswirtschaft, Nichtveröffentlichung sensibler ökologischer Daten, teils unerträgliche Umweltbelastung in Verbindung mit Raubbau an der Natur, Unterdrückung der persönlichen Meinungsfreiheit und viele andere Dinge führten schließlich zu einer Situation, die den „Kessel“ drohte platzen zu lassen.

Der Ruf nach Reformen bzw. Veränderungen im System artikuliert sich im unerschrockenen Auftreten mutiger Männer und Frauen aller Bevölkerungsschichten sowohl auf organisierten Veranstaltungen als auch spontanen Demonstrationen. Je stärker sich der Widerstand manifestierte, desto unsicherer wurde letztendlich die Staatsmacht, und auch das „Schild und Schwert der Partei“, die Staatssicherheit, konnte den Fall der Mauer, die 28 Jahre unser Vaterland trennte, nicht mehr verhindern. Auch viele ältere Bürger, die vor 20 Jahren aktiv an diesem Prozess teilnahmen, konnten damals nicht ahnen, dass mit dieser „friedlichen Revolution“ eine politische Zeitenwende in Europa eingeleitet wurde.

Neben derzeitigen finanziellen und wirtschaftlichen Problemen weltweit ist auch das Vergessen und das fehlende Erleben des „realen Sozialismus“ der ehemaligen DDR sowie die Unkenntnis der Zusammenhänge Indiz für die gegenwärtig zu verzeichnende Desinteressiertheit weiter Teile der Bevölkerung der neuen Bundesländer.

Der Kritik an der parlamentarischen Demokratie, der Politik- bzw. Politikerverdrossenheit und dem Wahlboykott widersprachen die Seminarteilnehmer vehement. Denn wir Senioren haben zumindest eine Diktatur erlebt und wollen mit unseren Erfahrungen dazu beitragen, das wertvolle Gut „Soziale Marktwirtschaft“ gegen Angriffe zu verteidigen.

Ein Vergleich mit dem Kapitalismus verbietet sich von selbst. Es gibt keine effizientere Gesellschaftsform, es sei denn, die „ewig Gestrigen“ möchten eine erfinden. Alles schon 'mal gehabt. Bleibt zu hoffen, dass besonders wir älteren Christdemokraten und alle demokratisch gesinn-

ten Bürger in unseren Familien, im Freundeskreis, in Vereinen und der Öffentlichkeit und auch in Schulen und vorschulischen Einrichtungen mit unseren Erfahrungen gefragt sind.

Den jungen Menschen, die nach dem Mauerfall geboren wurden, bleibt zu wünschen, dass sie in einem friedlichen und freien, von demokratischen Grundwerten geprägten Land aufwachsen dürfen und ihnen die Auseinandersetzung mit den „Weltverbesserern“ erspart bleibt.

Gelebte Demokratie bedeutet nicht, „man“ muss etwas unternehmen. Alle, besonders auch wir Senioren, sollten uns fragen, was habe ich für die Demokratie getan. Eine Verklärung der ehemaligen DDR ist sicher fehl am Platze.

Georg Graf, Schönwalde

Die Jakob-Kaiser-Stiftung

... ist eine staatlich anerkannte Institution der politischen und beruflichen Weiterbildung. Sie ist unabhängig und überparteilich tätig und wird durch Bundes- und Landeseinrichtungen gefördert.

Die politische Bildungsarbeit orientiert sich an der Politik und Persönlichkeit Jakob Kaisers und den christlich sozialen Werten der Partnerschaft, des Gemeinwohls, der Mitbestimmung, des Miteigentums sowie der sozialen Gerechtigkeit.

Jakob Kaiser (1888 – 1961) war 1945 Mitbegründer der CDU, deren Vorsitzender für Berlin und die sowjetische Besatzungszone bis zur Absetzung durch die sowjetische Besatzungsmacht 1947. Als gewählter Abgeordneter im ersten Bundestag wurde er 1949 als Minister für gesamtdeutsche Aufgaben berufen.

Quelle: www.jakob-kaiser.de

Die Nacht, in der das Leid verging

Dass ich das erleben kann,
wie ein ganzes Volk aufsteht
und zieht die Welt in seinen Bann:
Die Nacht, wo alles Leid vergeht.

Das Volk sprengt Ketten und die Mauern,
entflammt den Ruf nach seiner Freiheit
wo die Menschen nicht mehr trauern. -
Kein Traum, es wird uns Wirklichkeit!

Millionen Kehlen künden Jubel,
mit Freudentränen jedermann,
verbreiten einen Wahnsinnstrubel. -
Kein Mensch, der heute schlafen kann!

Plötzlich geht es ohne Feind,
und Beton daran zerbricht,
was die Menschen alle eint:
Sieg der Vernunft und Zuversicht!

Wie viel Leid und welche Not
hat Unterdrückung uns gebracht?
Ja, dieses Schandmal brachte Tod
durch Tyrannei und ihre Macht.

Seid glücklich, dass ihr es noch seht,
wie die Schreckensmauer fällt,
dass sie schneller noch vergeht,
als ein Menschenleben zählt.

Jetzt gilt's, d'raus Häuser zu errichten,
In denen Menschen glücklich sind,
Wo es sich träumen lässt und dichten
Und wo der Mensch zum Menschen find't!

Wolfram Hahn, Werder

Europawahl 2009

Internet unterstützt die Meinungsbildung

Am 7. Juni fand in Deutschland die siebte Wahl des Europäischen Parlaments statt. Zwischen dem 4. und 7. Juni waren rund 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgerufen, ihre Europaabgeordneten zu wählen. Das Europäische Parlament repräsentiert damit nach Indien die zweitgrößte Demokratie der Welt.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat die Webanwendung "Wahl-O-Mat" mit Funktionen für die Europawahl vom 7. Juni 2009 ins Netz gestellt. Diesmal können die Anwender anhand von 38 Thesen überprüfen, mit welcher Partei sie am ehesten übereinstimmen.

Der Wahl-O-Mat lädt die Benutzer zum Vergleich der eigenen Einstellungen mit den Positionen der Parteien ein - entlang einer Auswahl von verschiedenen Thesen. Die Thesen werden auf der Grundlage der vorliegenden Wahlprogramme von einer Redaktion aus Jungwählerinnen und -wählern in einem mehrstufigen Prozess entwickelt. Der Wahl-O-Mat ist im Rahmen eines Projektes zur Steigerung der Wahlbeteiligung von Jungwählern entstanden. Er ist gedacht als ein Angebot, das - von jungen Menschen gemacht - auf junge Menschen zielt. Der redaktionelle Prozess wird wissenschaftlich begleitet. In die Zusammenstellung und Formulierung der Thesen fließen folgende Gesichtspunkte ein: Die Thesen sollen charakteristisch für die verschiedenen Parteien sein; sie sollen die Parteien zu unterschiedlichen Antworten bewegen und für die Bürgerinnen und Bürger relevante Fragestellungen aufgreifen sowie präzi-

se und knapp formuliert und ohne Fachwissen verständlich sein.

Als Ergebnis entstehen Aussagen wie "Der Kündigungsschutz soll gelockert werden", "Die Türkei soll vollwertiges Mitglied der Europäischen Union werden können" oder "Am geplanten Ausstieg aus der Atomenergie soll festgehalten werden". Ein Set von etwa 60 solcher Thesen wird den Parteien, in der Regel den jeweiligen Geschäftsführungen auf Landes- respektive Bundesebene, zur Stellungnahme zugesandt und von diesen mit einer Parteiposition versehen (Zustimmung, Ablehnung oder "neutral"). Die Ergebnisse der Parteienbefragung werden einer statistischen Überprüfung unterzogen, wobei jene Thesen gestrichen werden, bei deren Beantwortung sich die Parteien nicht hinreichend unterscheiden. So bleiben am Ende noch rund 30 Aussagen übrig, die in den Wahl-O-Mat eingearbeitet werden. Dieses standardisierte Vorgehen unterscheidet den Wahl-O-Mat von ähnlichen Angeboten.



Wie zuvor die Parteien können die Nutzer des Wahl-O-Mat jede These mit "stimme zu", "neutral" oder "stimme nicht zu" beantworten. Zudem können die User Thesen überspringen, wenn sie keine Stellung beziehen können oder wollen. Am Ende der Sitzung berechnet der Wahl-O-Mat die Übereinstimmung zwischen den Stellungnahmen der Parteien und den Positionen des Nutzers. Dabei werden je nach Grad der Übereinstimmung Punktwerte vergeben. Je größer die Diskrepanz

zwischen der eigenen und der Position einer Partei bei einer These, desto größer der zugewiesene Wert.

Die Nutzer haben vor der Berechnung die Möglichkeit, Thesen zu markieren, die besonders gewichtet werden sollen. Der Wahl-O-Mat zeigt die Parteien anschließend in einer Rangreihenfolge an - abgestuft nach dem Ausmaß der Übereinstimmung. An erster Stelle rangiert die Partei, die den niedrigsten Punktwert hat, bei der es also in der Summe die geringsten Abweichungen zwischen den eigenen und den Parteipositionen gibt. In der Detailauswertung besteht die Möglichkeit, die eigenen Ansichten mit den Standpunkten jeder einzelnen Partei zu vergleichen. Auch können die Nutzer in der Auswertung Begründungen der Parteien für ihre jeweiligen Positionen einsehen.

Der Wahl-O-Mat reduziert mit seinem Vorgehen die komplexen Wahlprogramme auf Aussagen, die bejaht oder verneint werden können. Der Versuch, zum Teil verschachtelte Fragestellungen auf eine These herunterzubrechen, ist jedoch heikel. Es läuft auf eine Gratwanderung hinaus, ein Problem präzise zu erfassen und zugleich mit der These den Nutzer nicht inhaltlich zu überfordern. Die Möglichkeit für die Parteien, Begründungen ihrer Positionen einzustellen (wovon die Parteien intensiven Gebrauch machen), bricht freilich die einfache Ja-Neutral-Nein-Konstellation auf.

Im Prozess der Thesenentwicklung kann sich herausstellen, dass sich bestimmte Themenbereiche der Reduktion auf eine Aussage versperren. Zudem können in der Endauswahl der Thesen Problemstellungen wegfallen, die wegen ihrer einheitlichen Beantwortung keinen zwischen den Partei-

en unterscheidenden Effekt vorweisen. Wichtig ist aber auch: Die Auswahl der Thesen ist eine unabhängig-redaktionelle Entscheidung einer Gruppe von Jungredakteurinnen und -redakteuren.

Auf Grund dieser Beschränkungen kann der Wahl-O-Mat überraschende Ergebnisse produzieren: Ein Teil der Nutzer (die Befragung zur Bundestagswahl 2005 spricht von rund zehn Prozent) findet sich in einem anderen parteipolitischen Lager wieder, als sie es selbst vermutet hätten. Der weitaus größte Teil (beim Bundestags-Wahl-O-Mat also rund 90 Prozent) sieht in dem Ergebnis jedoch eine Bestätigung ihrer Selbstverortung.

Der Wahl-O-Mat kann wegen der genannten Beschränkungen seinen Nutzerinnen und Nutzern nicht die Überlegung abnehmen, welche Partei sie wählen sollen. Dass die individuelle Wahlentscheidung ganz anders als das Wahl-O-Mat-Ergebnis aussehen kann und muss, hängt nicht nur mit dem unvermeidlich eingeschränkten Themenspektrum zusammen. Vielmehr ist die konkrete Wahlentscheidung das Ergebnis einer Abwägung, in die viele weitere Faktoren einfließen: die langfristige Bindung an Parteien, die Wahrnehmung des personellen Angebots sowie sonstige, mitunter kurzfristige Kalküle.

Quelle: Bundesregierung / www10.bpb.de



VI. Internationales Seminar Deutschland - Polen

Eine Welle der Freundschaft schlug uns entgegen



Sechs Internationale Seminare Deutschland – Polen fanden seit 2003 statt: in Zielona Gora, Poznan und viermal in Zbaszyn (Bentschen). Jedes stand unter einer speziellen seniorenbezogenen Thematik und dem Streben nach gegenseitigem Kennenlernen. Das Thema 2009 wurde aus aktuellem Anlass gewählt:

„Gegen die Verklärung der letzten Diktaturen in
Polen und Deutschland“

Den Ernst des Themas „Schild und Schwert der SED – die Stasi ist noch lebendig“ belegte Dr. H. Müller-Enbergs, Zentralstelle für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, mit eindrucksvollen Zahlen

Anschaulich wurde die Verbrämung der DDR-Diktatur, wie sie im Fernsehen heute als „DDR-Nostalgie“ gesendet wird, von Dr. H. Röpke erläutert, speziell unter dem Gesichtspunkt der medialen Wirkung von Fernsehsendungen auf Jugendliche.

Von polnischer Seite sprach Prof. Dr. A. Sakson, Direktor des renommierten Westinstituts Poznan. Er arbeitete die Unterschiede zwischen den deutschen und polnischen Sicherheitsdiensten heraus.

Ein viertes Thema, „Seniorenbeiräte, ein Weg der „direkten Demokratie“, wurde vom Leiter des Seminars, Dr. H. Röpke, eindringlich dargestellt. Unsere repräsentative Demokratie entwickelt sich immer mehr zu einer Parteiendemokratie. Viele Bürger zeigen eine zunehmende Parteienverdrossenheit, eine Hinwendung zu freien Wählergemeinschaften. Das Wirken im vorparlamentarischen Raum wird somit immer bedeutender in den Kommunen. Seniorenbeiräte können das Sammelbecken der Senioren in der Kommune sein. Ihre Bildung und ihre Struktur sollten so gestaltet sein, dass sie auch von den Parteien als legitime Interessenvertretung eines immer größer werdenden Bevölkerungsanteils akzeptiert werden.

Ein weiterer Aspekt dieses Themas: Es war bekannt, dass es in Polen so gut wie keine organisierten Seniorenverbände in der Parteienlandschaft gibt. Örtliche Seniorengruppen entstehen vorrangig als kulturelle Gruppierungen (Chöre, Volkstanzgruppen, Volksmusik-Ensembles usw.) Dass die Senioren in Zbaszyn auch eine organisierte Seniorenvertretung benötigen, wurde konkret vor Augen geführt: In den letzten drei Jahren konnten die Seminarteilnehmer im „Senioren-Haus“ bei Kaffee und Kuchen diskutierten und gemeinsam singen. Nun war zu erfahren, dass die Nutzung dieses zentralen Senioren-Treffs nach einer Renovierung des Hauses auf zwei Stunden in der Woche eingeschränkt wurde. Ein großer Teil des Hauses wurde an örtliche soziale Institutionen vergeben. Die Stadtverwaltung hatte verfügt, die Senioren sehen zur Zeit machtlos zu.

Auch in diesem Jahr wurden am Denkmal der polnischen Gefallenen der Kämpfe während des Großpolnischen Aufstandes 1919 und am evangelischen Denkmal der Opfer des Zweiten Weltkriegs und seiner Nachkriegswirren GedenksträÙe niedergelegt. Mahnend sagt die Schleifenaufschrift dem Besucher:

„Nur das Erinnern verhindert, dass grausame Verbrechen ein zweites Mal geschehen.“

Persönliche Gespräche an den drei Abenden wurden von zwei Senioren-Chören und einem Dudelsack-Duo umrahmt; eine Exkursion nach Wolsztyn zum Eisenbahnmuseum und zum Robert-Koch-Museum rundeten das Programm ab.

Die deutschen Teilnehmer, unter ihnen drei Vorstandsmitglieder der Senioren-Union Brandenburg und schon zum zweiten Mal drei Teilnehmer aus Niedersachsen, waren begehrte Gesprächspartner für unsere polnischen Freunde.



Alle deutschen Teilnehmer äußerten sich lobend zum Seminar. Dankesreden, BlumensträÙe und viele Abschiedsküsse zeigten die Welle der Freundschaft, die uns entgegenschlug. Schade, dass vom Landesverband Brandenburg, für dessen Mitglieder das Seminar hauptsächlich gedacht war, nur eine geringe Beteiligung zu verzeichnen war.

Horst Röpke, Potsdam

Weiteres politisches Wirken zugesagt

Dr. Horst Röpke ist zum Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union Potsdam gewählt

Am 2. Juni 2009 votierte eine außerordentliche Mitgliederversammlung einstimmig für Dr. Röpke, der seit November 1997 Kreisvorsitzender der Senioren-Union Potsdam war. Bis zur turnusmäßigen Neuwahl wird die Gruppe nun von den stellvertretenden Vorsitzenden Enders und Prof. Dr. Klockow geleitet, denen Dr. Röpke die besten Wünsche aussprach und Unterstützung zusagte. Er wolle seine Bemühungen um die Integration von „Ossis, Wossis und Wessis“ in der CDU und Senioren-Union Potsdam fortsetzen, erklärte er.



v.l.n.r.: Klockow, Reiche, Röpke, Enders

Zu den ersten Gratulanten des 76jährigen gehörte die stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion und Kreisvorsitzende der CDU Potsdam, Frau Katherina Reiche. Sie erinnerte an Horst Röpkes beruflichen und politischen Werdegang: Der bis zur friedlichen Revolution Parteilose gehörte zu den Gründern des „Demokratischen Aufbruch“ in Brandenburg und

war dessen Landesvorsitzender. Seit 1991 hat er in CDU und Senioren-Union mehrere Funktionen bekleidet. Bis 2008 war er stellv. Landesvorsitzender der Senioren-Union.

Der um die Laudatio gebetene Ehrenvorsitzende der Senioren-Union Brandenburg, Ulrich Winz, charakterisierte Dr. Röpke als ideenreichen Organisator, den zuverlässiges und beharrliches ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft auszeichnet. Zugleich für die Europäische Senioren-Union (ESU) und deren Präsident Dr. Bernhard Worms dankte er ihm für sein unablässiges Wirken im Sinne der deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung. Dr. Röpke habe seine gediegenen historischen Kenntnisse in den Dienst der Allgemeinheit gestellt.



v.l.n.r.: Klockow, Winz

Zu einem weiteren Höhepunkt der festlichen Versammlung im Ortsteil Neufahrland wurde der Beitritt von Dr. Friedrich Donepp, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Jugendliche durch Vorträge und Führungen über das System der DDR-Staatsicherheit aufzuklären. Er gehörte selbst zu den Häftlingen des MfS.

Ulrich Winz, Berlin

Blick zurück und Zukunft gestalten

4. Regionalkonferenz „Ost“ der Europäischen Senioren-Union (ESU) in Dresden, 7. - 9. Mai 2009

Wer Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als einzig menschenwürdige Grundordnung der Gesellschaft ansieht, muss dafür kämpfen. Keiner ist zu alt dafür. Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament ist jeder aufgerufen, Unschlüssigen die Vorzüge dieser unaufgebbaren Prinzipien zu erläutern, erklärte ESU-Präsident Dr. Worms in Dresden. Je stärker die EVP/DE-Fraktion im Parlament, desto größer die Chance, mittels sozialer Marktwirtschaft in möglichst vielen Ländern mit neuen Impulsen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise heraus zu kommen und wieder Mut zu fassen. Für Vizepräsident Leif Hallberg (Schweden) ist Europaskepsis Ausdruck einer selbst verschuldeten Isolierung, die in vertrauensvollen Gesprächen mit uns Älteren überwunden werden kann.

Vorträge und Diskussionen auf der ESU-Regionalkonferenz „Ost“ bezogen sich – entsprechend dem Hauptthema der Konferenz – auf „EUROPA als gemeinsames ERBE und gemeinsame ZUKUNFT“. Dieses breite Spektrum ließ Raum für

historische Reminiszenzen, zeitkritische Analysen und Vorstellungen für das Vereinte Europa der nächsten Jahre. Das Datum der Konferenz veranlasste mehrere Redner, persönliche Bilanz zu ziehen. Tadeusz Sobolewicz, ein 85jähriger Holocaust-Überlebender, griff die Forderung von Bernhard Worms nach „Wahrnehmung der Verantwortung“ auf. Solange ihn die Beine tragen, werde er von den Schrecken nationalsozialistischer Gewaltherrschaft berichten und die „Menschenwürde um jeden Preis verteidigen“. Das zuvor von Janusz Marszalek, dem Stadtpräsidenten, vorgestellte Projekt „Hügel der Versöhnung“ in Oswiecim (bei den Nazis „Auschwitz“) verdiene weltweite Unterstützung, da es helfe, den Eid der Befreiten von 1945 zu verwirklichen. Einer der Steine, die 2011 auf dem Hügel einen Ehrenplatz finden sollen, stammt den Worten Marszaleks zufolge aus dem Steinbruch in Flossenbürg (Bayern) und trägt die Nr. 23053, unter der Sobolewicz im dortigen KZ - einem von sechs, die er erleiden musste - eingekerkert war. Weitere Steine sind in Oswiecim willkommen, betonte der Stadtpräsident, der – von Bernhard Worms dazu beglückwünscht – kürzlich zum „Präsident der Gemeinden Europas“ berufen wurde.

Im Blick auf das zweite Konferenzthema „Europäische KULTURTRADITION – aneignen, bewahren, fördern“ zitierte Sobolewicz in Verehrung des deutschen Dichters Schiller aus dessen „Ode an die Freude“ die Vision „Alle Menschen werden Brüder“. Die Europäische Senioren-Union tut gut daran, weiter für dieses Ziel zu arbeiten, rief er unter dem Beifall seiner Zuhörer aus vier Ländern, unter denen sich auch Jugendliche befanden.

Diese werden gern gehört haben, dass Dr. Peter Jahr, der Mitglied des Deutschen Bundestages ist

und für das Europäische Parlament kandidiert, Generationenkonflikten eher gelassen gegenüber steht. Es stimme einfach nicht, dass „das Alter die Jugend überstimmt.“ Viel größere Sorgen machten ihm die vehement vertretenen Gruppeninteressen, die zu einer Gefahr für die demokratische Entwicklung werden könnten. Mit dieser Einschätzung hat er sich und seiner Mitbewerberin Brigitte Wenzel-Perillo, die nach ihm das Wort nahm, Aufgaben für die neue Legislaturperiode in Brüssel und Straßburg gestellt.

Mit welchem Elan Dresdener Bürger schon kurz nach dem Inferno des 13. Februar 1945 und der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Rote Armee zu Werke gingen, machte Prof. Dr. Gerhard Glaser mit einem Video-Vortrag deutlich. Der langjährige Landeskonservator Sachsens nannte als die „vier Identität stiftenden Monumente“: Zwinger, Oper, Schloss und Frauenkirche. Sie sind inzwischen wieder hergestellt worden, teils erst nach der Friedlichen Revolution von 1989/90. Den relativ zeitigen Wiederaufbau der Kreuzkirche – Heimstatt des weltbekannten Knabenchores der „Kruzianer“ und erstes nutzbares großes Gotteshaus in der Innenstadt – bezog Glaser in seine Betrachtung nicht ein - ebenso wenig wie die Kathedrale (frühere kath. Hofkirche). Zu Recht beklagte er aber den Verlust der Sophienkirche, deren Wiederaufbau staatlicherseits verhindert wurde. Jahrhundertlang waren in Dresden Künstler aus Europa zu Werke gegangen und begründeten die „europäische Kulturtradition“. Heute genießt Dresden den Status eines „Weltkulturerbes“.

Durch Spaziergänge über die Brühlsche Terrasse und den Neustädter Markt sowie durch Einkehr in die Frauenkirche und die Kathedrale mit Orgel-

konzert, Führung und Gebet gewannen die Tagungsteilnehmer Eindrücke von den vielfachen Reizen der als „Elbflorenz“ berühmten sächsischen Metropole, die im 18. Jahrhundert mit der polnischen Geschichte (August der Starke!) eng verwoben war. Für den ESU-Präsidenten war es ein besonderes Anliegen, am Gedenkstein für die frühere Synagoge und für die Bombenopfer des 13. Februar 1945 Blumengebinde niederzulegen.

Dem Staatsminister a.D. Dr. Hans Geisler ist aus eigenem Erleben eine Abfolge der zur Friedlichen Revolution in Dresden führenden Aktionen zu danken. Stellvertretend nannte er: „Schwerter zu Pflugscharen“ (1978) und die Gebetsketten zur Ruine der Frauenkirche (1981/82). Geisler stellte aber auch fest: Ohne den Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, die „Charta 77“ in der Tschechoslowakei, „Solidarnosc“ (1979 in Polen gegründet), sowie Gorbatschows „Glasnost und Perestroika“ (seit Mitte der 80er Jahre) wäre das mutige Vorgehen der Bürger Osteuropas erfolglos geblieben.

In seiner Reflektion über bewahrenswerte europäische Kulturtraditionen ging Geisler bis in die Antike zurück, die er als Quelle der „Würde des Menschen in seiner Einmaligkeit“ kennzeichnete; er rechnete die freie und zugleich verantwortungsvolle Erforschung und Nutzung der Naturwissenschaften ebenso dazu wie die „Ordnung des Rechts“. So sei das in Osteuropa erst seit 1989/90 eingeführte Verwaltungsrecht (ermöglicht Kontrolle des Staates!) eine „verteidigungswerte kulturelle Leistung“.

Wie es mit den regimekritischen Aktionen in Dresden 1989 weiterging, verdeutlichte Dr. Herbert Wagner, von 1990 bis 2001 Oberbürgermeister Dresdens. Er gehörte zur „Gruppe der 20“, die in

Dresden im Oktober 1989 den politischen Wandel in der Stadt vollzogen. Am 8.10., so erinnerte er, wurde hier erstmals in einer Großstadt „die Spirale der Gewalt durchbrochen“. Das wirkte sich motivierend auf Leipzig und andere Städte aus. Aus Depression wurde binnen weniger Stunden Hoffnung, Freude, Erwartung. Anlässlich des 20. Jahrestages dieser Ereignisse, die schließlich zur deutschen Einheit führten, finden 2009 in 37 deutschen Städten und in Prag Veranstaltungen statt. Am 9. Oktober (Tag der friedlich verlaufenen Demonstration im Jahre 1989) wird in Leipzig der Bundespräsident zu einer Gedenkfeier erwartet.

In diesem Zusammenhang verdient die Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Dresden, gewürdigt zu werden. Sie hat nicht nur diese Tagung ermöglicht und mit ihrem Chef, Dr. Joachim Klose, den Moderator gestellt, sondern sich auch einer Vortragsserie verdient gemacht, die über Monate läuft. Unter dem Motto „Wie schmeckte die DDR?“ wird Geschichtskennntnis vermittelt und dem Versuch entgegen getreten, die Verhältnisse zwischen 1949 und 1989 in Ostdeutschland „schön zu reden“.

Diesem bis heute aktuellen Thema widmete sich auch Dr.-Ing. Rainer Jork (Radebeul) in einem grundlegenden Beitrag, der – aus Zeitgründen – nicht gehalten wurde, aber zur Verfügung steht. Dr. Jork ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Neue Länder“ bei der CDU-Senioren-Union, gehört dem Bundesvorstand an wie auch dem Arbeitsstab „Ost“ der ESU. (Interessenten für seine Rede wenden sich an das ESU-Generalsekretariat, Hermann-Seger-Str. 23, 50226 Frechen; E-Mail: esu@cdu.de; Tel.: 02234 188 418.).

Für Silvia Vlachova (Ceske Budejovice/ CZ) sind 1989 – mit der „Samtenen Revolution“ und 2004 –

der EU-Erweiterung u.a. um die Tschechische Republik – „Träume in Erfüllung gegangen“. Durch zahlreiche Beispiele belegte sie den hoffnungsfrohen, konfliktreichen Demokratisierungsprozess der jüngsten 20 Jahre. Ihre „Senioren-Plattform“ vermittelt der jüngeren Generation politische Erfahrungen und ermuntert sie, gegen alle Anzeichen von Neonazismus und Neokommunismus, gegen alle Formen der Gewalt vorzugehen. Die Veranstaltungen des laufenden Jahres stehen unter dem Motto „Europa ohne Barrieren“.

Die Vereinigung der Christen Europas in Tschechien setzt sich im Einklang mit der christlichen Botschaft für die Bewahrung der Menschenwürde von Anbeginn an ein. Wie ihr Vorsitzender, ESU-Vizepräsident Dr. Vaclav Roubal, hervorhob, fühlt sich die Gruppe dem Wirken der Missionare Cyril und Method aus dem 9. Jahrhundert verpflichtet. Solidarität mit den Schwächeren der Gesellschaft zu üben ist für die Senioren Ehrensache. Im Rat der Regierung für Seniorenangelegenheiten erheben sie ihre Stimme, wenn es um Alterssicherung, Gesundheitspolitik und Mitwirkung der Älteren in der Gesellschaft geht.

Schließlich trat Romualda Hofertiene aus Vilnius (LT), der „Europäischen Kulturhauptstadt 2009“, ans Rednerpult. Mit ihrem Hinweis darauf, dass ihre Dolmetscherin, die Germanistin und Reiseführerin Irena Tumaviciute, als Kind fast zehn Jahre Sibirien aushalten musste und ihr Vizevorsitzender Jonas Volungevicius – ebenfalls anwesend – lange Zeit im sowjetischen GULAG eingekerkert war, erweckte sie tiefe Betroffenheit wie eingangs der KZ-Überlebende aus Polen. Angesichts solcher Erfahrungen, die in Litauen zehntausendfach anzutreffen sind, war es für Frau Hofertiene gar keine Frage, am 11. März 1990 die

Unabhängigkeitserklärung für Litauen zu unterschreiben. Inzwischen war sie Abgeordnete des Parlaments und Vorsitzende des Litauischen Lehrerverbandes. Die Demokratie im eigenen Land und bei den Nachbarn zu stärken, ist für sie selbstverständlich. Mit der Senioren-Union in Baden-Württemberg wird ein intensiver Gedankenaustausch gepflegt. Das Zusammenwirken mit der jungen Generation hat bei den Senioren der Vaterlands-Union und Christdemokraten Tradition. Dieses sind Hofertienes Anregungen für die EU:

- Herausgabe eines gemeinsamen Geschichts-Lehrbuches
- Ausstrahlung von Sendungen über die europäische Geschichte.

Weitere Höhepunkte der dreitägigen Konferenz stellten Begegnungen mit dem Chef der Sächsischen Staatskanzlei, Minister Dr. Johannes Beermann, und Repräsentanten des Verbandes der Sächsischen Wirtschaft dar. In Rede und Gegenrede wurden Gedanken über die gegenwärtige politische und ökonomische Situation ausgetauscht, der sich Empfänge anschlossen.

Begonnen hatte die Regionalkonferenz der Ev.-Reformierte Pfarrer Westing. Unter Bezug auf ein Wort von Paulus an die Römer („Ich schäme mich des Evangeliums von Christus nicht...“) schenkte er allem aufrichtigen Handeln seinen Segen.

Die gastgebende Landesvorsitzende der sächsischen Senioren-Union, Friederike de Haas, Staatsministerin a.D. und Mitglied des Landtages, bezeichnete die Wahl von Dresden für die SU-Konferenz als hohe Ehre und wünschte ihr einen guten Verlauf.

Ulrich Winz

– CHRISTLICHE FEIERTAGE –

Christi Himmelfahrt: 21.Mai 2009

Die „Himmelfahrt Christi“ (andere Namen für Christi Himmelfahrt sind: Ascensio domini, Aufahrtstag, Goldene None, skandinavisch Helgethorsdag oder heilig thorsdag Mindeste Kreuzgang) gehört zum Urbestand christlichen Glaubens.



Der Auferstandene erscheint nach der Auferstehung 40 Tage lang mit verklärtem Leib als der Erhöhte und beweist sich damit als der Existenz Gottes teilhaftig. Die Präsenz Christi zeigt ihn nicht als der Welt entrückt, sondern auf eine neue Art und Weise in ihr anwesend. Mit der Auferstehung hat Christus den Himmel als Dimension des Einsseins von Gott und Mensch überhaupt erst begründet. Als „zur Rechten Gottes sitzend“ ist er das machtvolle Haupt der Kirche, die als sein Leib zwar noch in der Welt besteht, aber schon an der Erhöhung teilhat. Im Bewusstsein um den Zusammenhang zwischen Himmelfahrt

Christi und Geistsendung haben die Christen bis weit in das 4. Jahrhundert Christi Himmelfahrt an Pfingsten mitgefeiert.

Wahrscheinlich erst im Nachgang zum Nicänum (325), als der Osterfeststreit beigelegt wurde, verlagerte sich das Verständnis von den 40 Tagen: Ursprünglich theologisch als Zwischenzeit vor einem Neubeginn verstanden, wurden sie nun zu einem historischen Fixpunkt 40 Tage nach der Auferstehung. Seit 370 kann das Fest Christi Himmelfahrt als eigenständiges Fest 40 Tage nach Ostern nachgewiesen werden. Gefeiert wird es am Donnerstag nach dem 5. Sonntag nach Ostern (Vocem jucunditatis).

theology.de

Pfingsten: 31. Mai 2009

Pfingsten - der Name kommt aus dem Griechischen: pentekoste = „der fünfzigste [Tag]“ bezeichnet das Fest am fünfzigsten Tag nach Ostern (das entspricht dem 10. Tag nach Christi Himmelfahrt); gemäß antiker Praxis wurde dabei der Ostersonntag als erster Tag gezählt.



Seine theologischen Eckpfeiler sind die Entsendung des Heiligen Geistes an die Apostel, wie sie in der Apostelgeschichte (Kapitel 2) des Neuen Testaments beschrieben ist (... und sie wurden alle erfüllt von dem heiligen Geist und fingen an, zu predigen in anderen Sprachen ...), und die offizielle Gründung der Kirche. Das Pfingstfest entstand aus dem jüdischen Schawuot (Wochenfest). Als christliches Fest wird Pfingsten erstmals im Jahr 130 erwähnt.

theology.de

- REGIONALES -

Rückblick:

Lausitztag vom 18. April 2009 in Cottbus

Am 18.04.2009 fanden sich im Cottbuser Dieselkraftwerk am Amtsteich Senioren aus verschiedenen Kreisen der Lausitz zusammen. Unter den Gästen waren das Mitglied des Landtages Brandenburg, Frau Monika Schulz, sowie die Kandidaten der CDU Cottbus für den Bundestag, Herr Mario Laurischk, und den Landtag, Herr Dietmar Schulz. Auch der Kreisvorsitzende der Jungen Union der CDU Cottbus, Raphael Noack, war zugegen.

Die Veranstaltung beschäftigte sich u. a. mit den Auswirkungen des Konjunkturpaketes in den Kommunen; des Weiteren mit der Problematik der demografischen Entwicklung in der Region und den damit verbundenen Anforderungen an den Stadtumbau. Gleichzeitig wurde den Teilnehmern ver-

mittelt, wie private Initiativen Voraussetzungen schaffen für die erhöhte Lebensqualität der Älteren. In der folgenden Aussprache wurde verstärkt darauf verwiesen, wie notwendig es ist, die Nachhaltigkeit beim Stadtumbau zu beachten. Außerdem wurde die Forderung laut, dass die kommunalen Verwaltungen derartigen privaten Initiativen nicht zusätzliche Hürden in den Weg stellen sollten. Die namentlich genannten Gäste brachten sich ebenfalls in eine lebhafte Diskussion ein.

Den Abschluss bildete eine Führung durch das Kunstmuseum. Dabei gab es Informationen zur Geschichte des Hauses und die Verbindung zur aktuellen Nutzung. Die Teilnehmer aus den Kreisen und aus Cottbus lobten die fundierten Aussagen der Vorträge, die durch den Bürgermeister der Stadt, Herrn Holger Kelch, und durch den Geschäftsführer der Fa. Alpha, Herrn Jörg Schnapke, gehalten wurden. Aber auch die gelungene Lösung bei der Wiederbelebung des technischen Denkmals fand große Anerkennung.

Quelle: www.seniorenunion-brandenburg.de

Ausblick:

Uckermark-Tag am 17. Juni 2009 in Angermünde

Treffpunkt 9.30 Uhr in der Eisbar Pahl, Heinrichstraße 14, 16278 Angermünde

9.30 Uhr Geistliches Wort / Ehrung der Verstorbenen, Helmut Schmidt, Schwedt

9.40 Uhr Eröffnung und Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Wolfram Richter

10.00 Uhr Vortrag des stellvertretenden Superintendenten im Kirchenkreis Uckermark, Herrn Pfarrer Dr. Justus Werdin, zum Thema „20 Jahre Wende – Versuch einer Standortbestimmung“, anschließend Diskussion

12.00 Uhr Mittagessen mit Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch

13.30 Uhr Abfahrt in das NABU-Informationszentrum „Blumberger Mühle“, dort Kaffee und Kuchen, anschließend Besichtigung unter fachkundiger Führung

16.00 Uhr Abschluss

Aus organisatorischen Gründen bitten die Organisatoren um Anmeldung bis zum 11. Juni 2009 telefonisch an:

Wolfram Richter, Angermünde 03331-33213

Klara v. Arnim, Groß-Fredenwalde 039887-5011

Norbert Bienek, Schwedt 03332-521723 (AB)

Klaus Streitner, Angermünde 03331/365567 (Fax)

Würdigung:

Senioren-Union Strausberg künftig im Seniorenbeirat der Stadt vertreten

Am 4. Juni 2009 hat die Strausberger Stadtverordnetenversammlung Horst Fröhlich und Manfred Leitner in den Seniorenbeirat berufen. Wir gratulieren dem Kreisvorsitzenden und dem presseverantwortlichen Vorstandsmitglied zu dieser Würdigung ihres gesellschaftlichen Engagements.

Ein Seniorenbeirat nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Sachkundige Beratung in allen Fragen der städtischen Seniorenpolitik
- Engagierter Einsatz für die Belange der Senioren in kommunalen Angelegenheiten
- Förderung der Mitwirkung der Senioren am gesellschaftlichen Leben der Stadt

Buchvorstellung:

„Brandenburgische Dorfkirchen und ihre Hüter“

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Berlin-Brandenburg lädt nach Langengrassau

In Brandenburg gibt es über 1.000 Dorfkirchen, die nicht nur als Gotteshäuser dienen, sondern auch große und kleine Kunstschätze beinhalten. Viele dieser Kirchen waren und sind vom Verfall bedroht. Es ist nicht zuletzt ehrenamtlichen Unterstützern und privater Initiative zu danken, dass zahlreiche Kirchen und Kulturdenkmäler in Brandenburg restauriert werden konnten.

In dem Bildband werden 22 Kirchen in Brandenburg porträtiert. Aber nicht nur die Kirchen, sondern auch und vor allem ihre Bewahrer stehen im Mittelpunkt der Beiträge.

Am Samstag, **20. Juni 2009 um 20:00 Uhr** möchte der EAK dieses Buch gemeinsam mit der Herausgeberin, Frau **Kara Huber**, in der Dorfkirche Langengrassau (Kirchstr., 15926 Heideblick OT Langengrassau) vorstellen. Die Veranstaltung beginnt mit einer kleinen Andacht von Pfarrer Gehrman, an die sich dann die Buchvorstellung im Pfarrgehöft (Pfarrscheune) anschließt.



Kara Huber ist Schulleiterin der Ev. Grundschule Potsdam. Sie ist Gründerin des "Dorfkirchensommer in Brandenburg", aktiv im Förderkreis "Alte Kirchen Berlin - Brandenburg" und Schirmherrin zahlreicher Dorfkirchen.

- Volksentscheid zum Religionsunterricht in Berliner Schulen -

„Die öffentliche Auseinandersetzung hat dem Religionsunterricht gut getan“

Prälat Dr. Bernhard Felmberg, Bevollmächtigter der EKD im Interview der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27.04.2009

Zum Hintergrund: Seit 1949 macht Berlin als Stadtstaat von der sog. Bremer Klausel im Grundgesetz Gebrauch, die bestimmte Bundesländer von der Einrichtung des staatlich beaufsichtigten Pflichtfachs Religion entbindet. Religion ist hier ein freiwilliges Wahlfach. Der Berliner Senat führte Ethik vor drei Jahren als Pflichtfach ab der siebten Klasse ein, um die Integration von Schulkindern aus Einwandererfamilien zu fördern. Kinder aus verschiedenen Kulturen und mit verschiedenen Religionen sollen nach der Vorstellung von SPD und Linken gemeinsam über Werte, Moral, Toleranz und Glauben sprechen. Gegen diese neue Praxis wehrte sich die von beiden großen christlichen Kirchen und vielen Prominenten unterstützte Bürgerinitiative „Pro-Reli“: Durch das Fach Ethik werde der Religionsunterricht an den Rand des Schulalltags gedrängt. Seit dem vergangenen Herbst hatte Pro-Reli über 300.000 Unterschriften gesammelt und so einen Volksentscheid über die Einführung eines gleichberechtigten Wahlpflichtfachs Religion erzwungen, der allerdings für die Initiative nicht erfolgreich ausging.

Aus dem Interview: *Fühlen Sie sich von der rot-roten Regierung fair behandelt?*

Der Senat hat mit seiner Anzeigenkampagne einen Weg gewählt, der ihm von Oberverwaltungsgericht ausdrücklich untersagt wurde; ein deutlicherer Kommentar ist kaum vorstellbar. Die Linkspartei hat Dürers betende Hände vor einer Tapete der fünfziger Jahre plakatiert. Damit bedient sie das Ressentiment, Religion sei rückwärtsgewandt und nur etwas für alte Leute. Das ist diffamierend. Das Vorziehen des Wahltermins zu Lasten des Steuerzahlers zeigt, dass man alles versucht hat, damit das notwendige Quorum von 25 Prozent nicht erreicht wird.

Was bleibt von „Pro Reli“?

Berlin hat eine Bildungsdiskussion erlebt, wie es sie zuvor nicht gegeben hat. Die öffentliche Auseinandersetzung hat dem Religionsunterricht gut getan, auch wenn sich sein Status nun leider nicht verbessert hat. Die Debatte hat aber auch den Religionslehrern gut getan, denn die Lehrer haben gemerkt: Weite Teile der Öffentlichkeit stehen genauso hinter ihnen wie ihre Kirche. Für Lehrkräfte anderer Fächer ist es doch kaum vorstellbar, dass sich „klein Hänschen“ vor sie hinstellen kann und sagt: Herr Lehrer, ich komme nicht weiter in ihren Unterricht. Den Religionslehrern wird abverlangt, dass die Kinder von sich aus sagen: Ich gehe jetzt nicht in die Eisdiele, sondern ich gehe in den Religionsunterricht - notfalls auch am Freitagnachmittag.

Was stört Sie am gemeinsamen Ethikunterricht?

Am Ethikunterricht stört mich nichts. Nur wenn Ethik als allein seligmachender Unterricht angeboten wird, ohne dass alternativ Religionsunterricht

gewählt werden kann, prägt der Staat die ethisch-religiöse Wertevermittlung in einer Weise, die ihm nicht zusteht. Der Staat kann eben nicht, wie er es in Berlin für sich im Moment in Anspruch nimmt, vorgeben, welche Werte zu gelten haben.

Was kann die Kirche nun tun?

Wir merken, dass wir gerade in unserer Bildungskompetenz mehr und mehr nachgefragt werden. In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Schülerzahlen an evangelischen Schulen verdoppelt. Ich könnte mir vorstellen, dass nach dem Scheitern des Pro-Reli-Volksentscheids der Zulauf noch zunimmt. Damit wäre das Anliegen des Senats, einseitig die staatlichen Schulen zu stärken, in sein Gegenteil verkehrt. Zahlreiche Gründungen von evangelischen Schulen hat es in den letzten zehn Jahren gegeben, und es deutet vieles daraufhin, dass sich diese Entwicklung in der Zukunft fortsetzt.

Quelle: FAZ.NET

„**MONDNACHT**“

Es war, als hätt' der Himmel
Die Erde still geküsst,
Dass sie im Blütenschimmer
Von ihm nun träumen müsst.

Die Luft ging durch die Felder,
Die Ähren wogten sacht,
Es rauschten leis' die Wälder,
So sternklar war die Nacht.

Und meine Seele spannte
Weit ihre Flügel aus,
Flog durch die stillen Lande,
Als flöge sie nach Haus.

Joseph von Eichendorff (1837)

IMPRESSUM

„Report“ ist eine Zeitschrift für Mitglieder der Senioren Union Brandenburg und erscheint dreibis viermal jährlich.

Redaktion: Jörn Klockow, Claudia Rehwaldt,
Ulrich Winz. V.i.S.d.P.: Claudia Rehwaldt,
Bamberger Str. 13, 10779 Berlin, Tel. 030/2318
7270, eMail: c.rehwaldt@gmx.de. Die Herstellung
weiterer Kopien wird empfohlen. Bei Auszügen
bitte die Quelle angeben.

Beiträge für Heft 2009,2 werden bis 01.08.2009
erbeten.



Ralph Albert Blakelock: Mondlicht (1885)